

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarungs Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jaanowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 174 B

BERLIN • Mittwoch, den 27. Juli 1932

1. JAHRGANG

Der Reichskommissar für die Faschisierung der Beamten.

Die Aufgabe des 31. Juli. Um den Arbeiterflügel der Nichtwähler-Partei.

Bg. Die Nazis haben ihre Versuche, den anderen Parteien Stimmen zu entreißen, bisher immer mit recht gutem Erfolg durchgeführt, und zwar machten sie ihre Erfolge vor allem auf Kosten der bürgerlichen Parteien und — nicht zuletzt — auf Kosten der Partei der Nichtwähler. Durch die planmäßige Arbeit der NS ist die Mitgliederzahl der

Partei der Nichtwähler Deutschlands

seit 1928 von etwa 10 Millionen auf etwa 5 Millionen gesunken. Wir erkennen das aus der zunehmenden Wahlbeteiligung; diese betrug nämlich 1928 (Landtagswahlen) 76 Prozent, 1930 (Reichstagswahlen) 80 Prozent, 1932 (Landtagswahlen in vielen deutschen Ländern) 85 bis 90 Prozent aller Wahlberechtigten.

Die Nazis haben also die Hälfte der Riesenpartei nichtwählender Staatsbürger deutscher Nation mit ihrem schmierigen „Reichsbanner“ zum heiligsten Gefäß der deutschen Demokratie gemacht. Die übrige, hartnäckigere Hälfte der Nichtwähler werden die NS voraussichtlich nicht für sich erobern.

Wir behalten also wohl mindestens 5 Millionen Nichtwähler, die von den Nazis nichts wissen wollen, die aber doch nicht aus ihrer Passivität und Gleichgültigkeit heraustreten werden, solange nicht die sozialistischen Parteien von den Nazis eines lernen: Nämlich etwas zu unternehmen, um die Nichtwähler zur Urne zu bringen. Eine Gelegenheit hierzu war sehr wohl gegeben: Eine ehrliche Einheitsfront, gemeinsame Wahllisten, ein Wahlkampf ausschließlich zur Bekämpfung der faschistischen Gefahr. Wir haben auf diese günstige Gelegenheit zur Aufrüttelung der Nichtwähler eindringlich hingewiesen, wir haben dafür sehr viel Anerkennung gefunden, aber nicht bei denjenigen, die zwar an der Spitze der großen Organisationen, nicht aber auf dem Gipfel der politischen Klarheit und Bereitschaft stehen. Darum bleibt es dabei, daß die übrig gebliebene Hälfte der Partei der Nichtwähler, also die Hälfte, die mit den NS nichts zu tun haben will, getreu ihren Grundsätzen zu Hause bleibt. Damit müssen wir jetzt leider rechnen, jetzt können wir daran nicht mehr viel ändern.

Aber auf eine andere Gefahr müssen wir gerade jetzt umso eindringlicher hinweisen: Aufmerksame Beobachter werden lange bemerkt haben, daß eine zweite Nichtwählerpartei nicht nur im Entstehen, sondern auch im schnellen Wachstum begriffen ist.

Diese zweite Nichtwählerpartei besteht nicht aus gewohnheitsgemässigen Nichtwählern, die einen besonders lebhaften Anstoß nötig haben, sondern sie besteht ausschließlich aus solchen Menschen, die durch die unglaublich ungetreue und kurzzeitige Politik der SP und KP fast vollständig von der Wahlurne vertrieben wurden. Diese Partei der opportunistischen Nichtwähler (der Gelegenheitswähler) hat gute Aussicht, am 31. Juli einen Mitgliederbestand von fast 1,5 Millionen zu erreichen.

Obwohl diese zweite Nichtwählerpartei praktisch für den 31. Juli ein Wahlbündnis mit der größeren Partei der prinzipiellen Nichtwähler geschlossen hat, so verdienen doch diese fast 1,5 Millionen besondere Beachtung, weil es sich bei ihnen nur um ehemalige sozialdemokratische und kommunistische Wähler handelt.

Ist das ausgedacht? Seit 1926 hat die Kommunistische Partei (von geringen Rückschlägen abgesehen) der SP immer mehr Wähler entzogen; das ging bis zur Reichstagswahl am 14. September 1930. Der Grund liegt auf der Hand: Die Arbeiter hielten die Fehler der KP für geringer als den schweren Fehler der sozialdemokratischen Politik, die sich allzusehr von der Absicht leitete, zum Zwecke der Erhaltung von Staat und Nation dem Bürgertum Zugeständnisse zu machen.

So schien die Lage für die KP besonders aussichtsreich zu sein und viele glaubten, diese Partei würde noch weitere Gewinne erzielen. Das war ein Irrtum, man durfte nicht vergessen, daß viele KP-Wähler, wenn nicht gar die meisten, die KP für ein Übel, wenn auch für das kleinere Übel hielten. Diese KP-Wähler wollten in erster Linie nicht der KP Parteierfolge verschaffen, sondern den Faschismus be-

amtlich wird mitgeteilt: Der kommissarische preußische Minister des Innern hat dem preußischen Staatsministerium eine Vorlage gemacht, wonach der Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 insoweit aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verbietet.

Die Zugehörigkeit zur KPD und die Betätigung für sie bleibt also den Beamten verboten. Der Partei des Gelbkreuzes dürfen sie natürlich angehören, da der oberste Beamte des Reichs diese „aufwärtsstrebende“ Partei gern hat.

Das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin wurde am Montag von Polizei besetzt. „Von zuständiger Stelle“ wird erklärt: es sei ein Versehen gewesen, und das Haus sei auf Anordnung vom Polizeipräsident wieder freigegeben.

Ausnahmezustand aufgehoben.

Der Reichspräsident hat folgende Notverordnung erlassen:

„Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich: Die Verordnung betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg vom 20. Juli (Reichsgesetzblatt I, S. 377) wird mit Wirkung vom 26. Juli, 12 Uhr mittags, aufgehoben.“

Die auf Grund dieser Verordnung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt erlassenen Verbote periodischer Druckschriften werden hierdurch nicht berührt.“

Die Reichsregierung hat sich wohl überzeugt, daß man angesichts der „Ruhe und Disziplin“ der Arbeiterschaft auch ohne Ausnahmezustand auskommt.

kämpfen und zu diesem Zweck zum mindesten durch ihre Stimmabgabe zeigen, daß sie den sozialdemokratischen Kampf gegen die Reaktion für untauglich hielten. Als nun deutlich wurde, daß die Übernahme der Macht durch die NS in bedrohliche Nähe rückte, während die KP immer noch nicht die zur Bekämpfung des Faschismus erforderlichen und möglichen Schritte unternahm, begannen viele KP-Wähler zu zögern und zu zweifeln. Zurück zur SP? Einige taten diesen Schritt, das haben uns die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen deutlich gezeigt. Andererseits aber beharrte auch die SP bei ihren Fehlern, sodaß der größere Teil der zögernden KP-Wähler bei der Präsidentenwahl und bei den Landtagswahlen dieses Jahres zu Hause blieb: Die KP verlor an Stimmen. In den preußischen Wahlbezirken hatte die KP 1930 3,1 Millionen Wähler, 1932 nur noch 2,6 Millionen. Von diesen reichlich 500 000 kommunistischen Wählern sind nur verhältnismäßig wenige zu den Sozialdemokraten oder gar zu den NS gegangen. Daß die meisten von ihnen einfach zu Hause blieben, läßt sich sehr leicht nachweisen.

Bei den Landtagswahlen, die 1932 in fast allen deutschen Ländern stattfanden, war die Wahlbeteiligung regelmäßig dort am geringsten, wo die KP die größten Verluste gehabt hat.

Sehen wir uns beispielsweise die Ergebnisse aus den 23 preußischen Wahlkreisen an, so finden wir 10 Wahlkreise, in denen die KP (verglichen mit der Reichstagswahl 1930) durchschnittlich 3 bis 4 Prozent aller Wähler verloren hat (das ist sehr viel, da die KP ohnehin nur noch etwa 10 Prozent aller Wähler hinter sich hat), und wir finden 13 Wahlkreise, in denen die KP sich annähernd gehalten hat oder nur geringe Verluste erlitt.

In den 10 Wahlkreisen mit großem KP-Verlust ist die Gesamtwahlbeteiligung im Durchschnitt um etwas mehr als 2 Prozent zurückgegangen. In den 13 Wahlkreisen aber, in denen die KP besser abgeschnitten hat, ist die Wahlbeteiligung im Durchschnitt um reichlich 1 Prozent gestie-

AUS DEM INHALT

Das doppelte Gesicht der Papen-Regierung.
Die Diktatoren vor dem Ausschluß.
Hitler — eine Federzeichnung.
Die Geschichte eines Moralisten.
Nazis morden weiter.
Internationale Machtposition der I.G.-Farben.

Schikanen gegen das „Reichsbanner“

Wock, der Geschäftsführer des Zwickauer „Reichsbanners“, wurde wegen Waffenvergehens verhaftet.

Der Reichsbannermann Muchow in Pritzwalk (Prignitz) wurde wegen unbefugten Waffenbesitzes zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Strafverfolgung von Breuer und Encke.

Gegen den Reichsbannerführer Breuer und gegen den vor einigen Tagen verhafteten Polizeimajor Encke hat der Berliner Militärbefehlshaber Stranzfanziege erstattet.

Encke wird beschuldigt, sich den Anordnungen des Militärbefehlshabers widersetzt zu haben. Das Verfahren gegen ihn wird vor dem Landgericht II in Berlin zur Verhandlung kommen.

Gegen Breuer ist ein Ermittlungsverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet worden. Das Verfahren läuft also vor dem Reichsgericht.

gen. Das heißt also: Wo die KP 3 Prozent der Gesamtwahlerschaft verliert, da ist die Gesamtwahlbeteiligung etwa 3 Prozent geringer als dort, wo die KP nichts verliert.

Praktisch hat sich also die KP-Niederlage so ausgewirkt, daß eine größere Zahl von Menschen zu Hause blieb, was natürlich nicht ausschließt, daß manche auch zu anderen Parteien gingen.

Es mag lächerlich erscheinen, sich um 3 bis 4 Prozent zu streiten, wer aber berücksichtigt, daß dabei der Anteil der KP an der Gesamtwahlerschaft schon in Preußen von 14,8 auf 11,7 Prozent gesunken ist, und zwar durch einen Verlust von mehr als einer halben Million Stimmen, wird anderer Meinung sein. Zumal wenn er die neuesten Wahlergebnisse berücksichtigt (Hessen!), wird er finden, daß dieser Gesamtrückgang von reichlich 3 Prozent inzwischen sicher noch größer geworden ist. Und wenn den kommunistischen Listen in ganz Deutschland auch nur 4 Prozent der Gesamtwahlerschaft verloren gehen, so bedeutet das bei etwa 40 Millionen Wahlberechtigten also etwa 35 Millionen Wählern einen Rückgang von etwa 4,6 Millionen KP-Wählern (Reichstag 1930) auf 3,3 bis 3,4 Millionen KP-Wähler. Das wäre ein Verlust von 15 bis 20 Mandaten.

Mit dem Verlust von mehr als einer Million Wählern muß die Arbeiterschaft rechnen, wenn diejenigen, die früher sozialdemokratisch und dann kommunistisch wählten, dann aber über die Unfähigkeit der beiden großen Arbeiterparteien in Verzweiflung gerieten, ebenso untätig zu Hause bleiben, wie es allein bei den preußischen Landtagswahlen 1932 schon 500 000 ehemals kommunistische Wähler taten.

Hier liegt unsere wichtigste Aufgabe im Wahlkampf: Es gilt, ein bis eineinhalb Millionen Verzweifelten wieder so viel Mut zu machen, daß sie wenigstens zur Wahl gehen, um den legalen Sieg Hitlers zu verhindern. Das ist nicht viel, aber es ist doch die erste Vorbedingung, um den außerparlamentarischen Kampf gegen Hitler nicht durch-

Wieder zwei Arbeiter durch Nazis ermordet.

Köln:

Nach einer Mitteilung der Polizei entstand am Dienstag früh gegen 1 Uhr auf dem Neumarkt zwischen uniformierten SA-Leuten und politisch Andersdenkenden eine Schlägerei, bei der laut Polizeibericht ein Nationalsozialist auf seine Gegner schoß. Ein angeblich parteiloser Arbeiter wurde durch einen Nackenschuß schwer verletzt und starb kurze Zeit nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Drei Nationalsozialisten wurden festgenommen. Man fand bei ihnen noch eine mit vier scharfen Patronen geladene Pistole, einen Gummiknüppel und ein Pistolenmagazin mit zwei Schuß.

Breslau:

„T. befand sich am Sonntag früh auch bei einem Nazitrupp, der mit offenen provokatorischen Absichten die Friedrich- und Seydlitzstraße durchzog. Es dauerte nicht lange und sie entdeckten zwei KPD-Genossen, die aus dem Lokal „Das weiße Röbel“ kamen.

Die Nazis gingen auf sie zu und grüßten mit „Rot Front“. Nichtsahnend erwiderten die beiden Arbeiter den Gruß ihrerseits mit „Rot Front“. Darauf stürzte sich die Horde Nazis

mit dem Rufe „Messer raus!“ auf die beiden KP-Genossen und mißhandelten sie in geradezu viehischer Weise. Der eine wurde durch einen Messerstich (wahrscheinlich Lungenstich) so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Er ist heute morgen seiner Verletzung erlegen.“

(Bericht der „SAZ“)

SA-Terror nicht nur in Preußen!

„Der letzte Sonntag vor den Wahlen ist in Braunschweig recht blutig verlaufen. In der Stadt Braunschweig überfielen SA-Leute den zumeist von Republikanern bewohnten Bebel-Hof, um dort angebrachte Wahlschilder und Fahnen zu zerreißen. Unter den Augen der Polizei verübten die bewaffneten Horden Terror und Landfriedensbruch. Träger des Abzeichens der Eisernen Front wurden blutig geschlagen.

Fünf Reichsbannerangehörige wurden schwer verletzt. Als die bedrängten Anwohner abends Reichsbannerkameraden zu ihrem Schutze holten, nahm die Polizei Massenverhaftungen vor und setzte 84 Mann fest, die am Montag wegen „verbotener Versammlung“ vor den Schnellrichter kommen sollen.“

(„Berliner Tageblatt.“)

„Stürzt Papen-Hitler durch Volksspruch am 31. Juli!“

P. M. Unter dieser Losung rief in Köln die Eisernen Front zu einer Kundgebung am 24. Juli auf. Eingeleitet mit dem Gesang: „Über allen Gipfeln ist Ruh“, verlief diese ziemlich kraftlose Kundgebung unter den nationalistisch-optimistischen Reden der Sozialdemokraten Böckler und Professor Dr. Wunsch. Wunsch kennzeichnete die Schrecken des Bürgerkrieges dadurch, daß sich hierbei Menschen, die die gleiche Sprache sprechen, gegenseitig morden. Im übrigen waren die Reden der beiden Sozialdemokraten ausschließlich gegen den Faschismus gerichtet. Böckler sagte z. B., daß die Verteidigung gegenüber anderen politischen Gruppen erst in dritter, vierter, in zehnter, ja erst in zwanzigster Linie komme. Bezeichnend für die Stimmung unter den Versammelten war der spontane Beifall bei den Worten, daß dieser Kampf nicht nur Abwehr, sondern Angriff sei. Es fehlte jedoch an entschiedenen Kampfparolen, außer der unzulänglichen: Volksspruch am 31. Juli. Nicht ein Wort des Protestes gegen das zerstörte Streikrecht, diese wichtigste Waffe der Arbeiterschaft, fiel. Der Faschismus hat gute Tage!

Abzeichen der Einheitsfront.

Leser und Freunde des „Funken“, die sich über unsere intensive Arbeit für die Herstellung der antifaschistischen Einheitsfront freuen, haben uns gelegentlich aufgefordert, wir möchten für die Freunde der Einheitsfront ein besonderes Abzeichen herausbringen. Sie wollen sich gern auch auf der Straße als Feinde des Faschismus bekennen, aber weder das Zeichen der Eisernen Front noch der Antifaschistischen Aktion tragen, da sie mit Recht in keiner der beiden Organisationen allein die wahre Einheitsfront sehen.

Es wäre dem Kampf für die Einheitsfront schlecht gedient, wenn wir nun den Kampf um die Abzeichen entbrennen lassen würden durch Schaffung eines dritten antifaschistischen Zeichens. Darum schlagen wir vor, die auf die einseitliche Abwehrfront hinabzuweisen, vor, sowohl die drei Pfeile als auch das Zeichen der Antifaschistischen Aktion zu tragen, was übrigens schon sehr häufig im Straßenbild zu sehen ist. Abgesehen davon, daß man auf diese Weise die Forderung nach der Einheitsfront immer wieder demonstriert, schafft man außerdem auch unter den Trägern eines der beiden Abzeichen ein Gefühl der Verbundenheit. Der Mann mit den drei Pfeilen gewöhnt sich daran, auch jemanden zu grüßen, der das Zeichen der Kommunistischen Partei trägt, und der Genosse mit dem Zeichen der Antifaschistischen Aktion sieht in den Trägern der drei Pfeile nicht nur „Sozialfaschisten“.

Im übrigen kann man auf diese Weise auch noch einen Druck auf die Leitungen beider Organisationen ausüben; wenn nämlich in der Mehrzahl der Fälle die Abzeichen nicht mehr einzeln, sondern gleich zu zweien auftreten, können sich die Organisationsleitungen nicht mehr hinter Ausreden verstecken, daß „die Mitglieder ein solches Zusammengehen niemals verstehen“ würden, oder daß die eigene Organisation „die einzige Einheitsfront“ sei.

Das friedfertige Deutschland.

Vor einiger Zeit fand in Meiningen, einem Städtchen mit 20 000 Einwohnern, ein militärisches Volksfest statt. Es wurde veranstaltet von dem in Meiningen stationierten Reichwehrrataillon, Reichwehrsoldaten eines badiischen Bataillons waren als Gäste erschienen und nahmen aktiv am Fest teil. Zu diesem Fest, das nachher als das Fest der Zwölftausend bezeichnet wurde, waren auch viele ländliche Gäste, vor allem wohl Bauern, erschienen. Durch Sonderzüge war der Besuch des Festes erleichtert worden.

Das Fest war ein Musterbeispiel einer geschickten Veranstaltung, dem Zwecke der „Vertiefung des Wehrgedankens dienend“ — wie ein Offizier vor der Veranstaltung in der Zeitung schrieb.

Die Veranstaltung zeigte militärische Übungen als sportliche Veranstaltung. Man konnte sehen, wie schnell es geht, eine Mannschaft, die in Ruhe liegt, aus dieser Etappe in vollster Kriegsrüstung an die Front zu bringen; wie schnell es geht, eine Maschinengewehrtruppe in eine bestimmte Stellung zu bringen, gut gedeckt, schußfertig; wie schnell es geht, eine Brücke über die Werra zu bauen, über welche in kürzester Zeit größere Truppentransporte gebracht werden können. Es war noch mehr zu sehen: z. B. einige sehr interessante und aufschlußreiche Ausstellungen, eine Gasschutzvorführung und eine Abteilung mit vielerlei Maschinengewehren und anderen Schußwaffen. In der Gasschutzabteilung sah man die verschiedenen Giftgase aufgezählt und gleichzeitig an ausgehängten Bildtafeln die verschiedenen Giftgas-Krankheitsstadien aufgezeichnet. Als Schutzmittel waren viele Gasschutzgeräte zu sehen. Ein riesiges Transparent zeigte an, daß sie als „Gasschutzmittel für Zivil“ bei der Firma Hugo Stolzenberg zu kaufen seien.

Eine große Tafel zählte die verschiedenen Möglichkeiten der Abwehr von Luftangriffen auf. Drei Abwehrmöglichkeiten gibt es, aber: Möglichkeit „2 und 3 sind uns durch den Versailler Vertrag verboten“. Diese Worte, die unter dem Ganzen standen, waren das Hervorstehende dieser Tafel überhaupt. Offensichtlich diente diese Tafel nur dem Zweck, die Menschen dagegen aufzuheizen, daß gefährliche Giftgase in Deutschland nicht produziert werden dürfen, eine Tatsache, über die sich Gegner kapitalistischer Kriege nur freuen können. Den gleichen Geist fand ich auch bei den Soldaten. So erklärte ein der Gasschutzabteilung vorstehender Soldat: „Wir dürfen diese gefährlichen Gase nicht herstellen, es ist uns verboten. Aber die Herren Franzosen dürfen es.“

In einer Vorbesprechung dieser Veranstaltung wurde unter anderem gesagt, daß auf dem Platz viel Stacheldraht lagere, woraus fleißige Soldatenhände einen Musterdrahtverhau machen würden. Als uns die Soldaten mit erstaunlicher Eile diesen Drahtverhau vorbauten, dachte ich an die Stelle in Remarques Buch: „Wollen Sie wissen, wie der kleine Hoyer gestorben ist? Den ganzen Tag hat er im Drahtverhau gelegen und geschrien, und die Därme hingen ihm wie Makkaroni aus dem Bauch. Dann hat ihm ein Sprengstück die Finger weggerissen und zwei Stunden später einen Felzen vom Bein, und er hat immer noch gelebt und versucht, sich mit der anderen Hand die Därme reinzustopfen, und schließlich abends war er fertig. Als wir dann herankommen, nachts, war er durchlüchert wie ein Reibeisen.“

Bayern verblüfft beschuldigt nicht beruhigt.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt: Wenn es auch dem Reichskanzler gelungen zu sein scheint, die augenblicklichen Befürchtungen der Länder in der Hauptsache zu zerstreuen, so habe sich demgegenüber an der Anschauung der süddeutschen Länder über die verfassungsrechtliche Unzulässigkeit der Reichsmaßnahmen gegenüber Preußen doch nichts geändert.

Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“: Der Wert der Erklärungen der Reichsregierung hänge ab von dem Grad ihrer Unabhängigkeit und Freiheit gegenüber der

nationalsozialistischen Partei. Man könne in das Stuttgarter Gelöbnis der Reichsregierung also nur so viel Vertrauen setzen, als man ihr noch einen selbständigen politischen Willen gegenüber dem Nationalsozialismus zuerkennen wolle. (Wieviel also? Darauf gibt folgender Satz eine indirekte Antwort. Red.) Auch nach Stuttgart habe die Klage der bayerischen Staatsregierung ihre ungeschmälerte Bedeutung.

Im übrigen verlangt die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ dringend die Schaffung eines Ausführungsgesetzes zum Artikel 48, das dem mißbräuchlichen und dauernd umstrittenen Gebrauch des Artikels 48 ein Ende bereitet.

Das Bündnis von Harzburg. Zwei Stübchen aus deutschnationalen Wählreden.

Aus einer Wahlkundgebung der DNVP in Wittenberge: Sozialismus bedeutet Lähmung und Erstarrung. Neben das heiße Wollen des Nationalsozialismus gehört das besinnliche Können der DNVP.

Oldenburg-Januschau in der hannoverschen Heide: Der Nationalsozialismus, dessen widerspruchsvolle Haltung in Preußen und dessen zunehmende Entwicklung man nur mit ernster Sorge verfolgen könne, ... Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin, wo jetzt rein nationalsozialistische Regierungen seien, zeigten deutlich den Zwiespalt zwischen Versprechen und Erfüllung. ... Nur eine starke deutschnationale Volkspartei könne weitere sozialistische Zersetzungen verhindern.

Hat Herr Hugenberg vergessen, die Wählredner seiner Partei darüber zu unterrichten, welche Politik die DNVP dem ehemaligen Verbündeten gegenüber einschlagen wird?

Segen des Naziregiments: Nehmt den Witwen — gebt's den Polizisten!

Die Mecklenburg-Strelitzer Staatsregierung hat im Rahmen des in der letzten Landtagssitzung verabschiedeten Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung erlassen, die eine weitere Gehaltskürzung für die Staatsbeamten, Angestellten, Ruhestands- und Witwenbezüge bringt. Nach der Verordnung werden ab 1. August die Dienst- und Versorgungsbezüge der Staatsbeamten sowie der Staatsminister neben den bisherigen Kürzungen um weitere 2½ Prozent herabgesetzt. Für Ledige und Kinderlose erhöht sich die Kürzung auf 5 Prozent. Der Kürzung unterliegen außerdem Wartegelder, Fürsorgebezüge, Übergangsgelder, Übergangsgebühren, Ruhegehälter.

Witwen- und Waisengelder sowie Kapitalabfindungen; desgleichen die entsprechenden Bezüge der Angestellten, Kinderbeihilfen, Aufwandsentschädigungen, Kinderzulagen und Wohnungsbeihilfen.

Die Versorgungsbezüge der Polizeibeamten werden dagegen von der Kürzung nicht betroffen. Diese Maßnahme ist bis zum 31. März 1933 vorgesehen.

Kein Geld für eine Schule.

Die Schule in Strohen (Prignitz) wurde geschlossen, weil die Gemeinde die Unterhaltungskosten nicht aufbringen konnte. Die Kinder schickte man, da man sich nicht entschließen konnte, sie „in natürlicher Wildheit aufwachsen zu lassen“, in die Schule in Blüthen.

Scheidemann, der jetzt glatt rasiert ist, beklagte sich darüber, daß er seit Monaten in Berlin die Straßenbahn nicht mehr benutzen könne, ohne den Angriffen des Publikums ausgesetzt zu sein. (Bericht über eine Frankfurter Wahlversammlung.)

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin, Anzeigen: R. Lippmann, Berlin, Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Janowitz 6909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Erstklassige
Maßarbeit
Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Kostüme
Tadelloser Sitz

Schönheit
MAGDEBURG
O.v. Guerickestr.
104, H.R.L.
Stoffmuster
vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel.
Reparaturen und Reinzug
von Schreibmaschinen.
A. H. Timmermann.
Hamburg / Barcostraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Worbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Geeignet bei Elektroden
unserer Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
druckarbeiten.
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

„Ihr Apfelsaft
schmeckt ausgezeichnet,
senden Sie bitte 50 Flaschen.“
So schrieb wieder ein Kunde. Wir
haben viele anerkennende Urteile.
Machen auch Sie einen Versuch!
Apfelsaft, edel und würzig,
10 Flaschen nur 5,40 Mark.
Per Bahn ab hier ausschließlich Flaschen

BERLIN
DIE KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.
Ab 22 Juli: Der Russenfilm:
Iwan der Schreckliche
Leo Lanta und Piel Jutzl:
UMS TÄGLICHE BRO
F o x tönende Wochenschau.
Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

**Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die
Militärdiktatur
in Deutschland**
Das Zurückweichen der organisierten Arbeiterschaft vor Papen, Schleicher und den hinter ihnen stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.
„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:
LEONARD NELSON: Die bessere Sicherheit. Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M.
Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“.
MINNA SPECHT: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltanschauung. 26 Seiten. 0,60 Mark.
Verlag „Öffentliches Leben“
Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheck: Berlin 313 42

Internationale Machtposition der I.G.-Farben.

I.G.-Standard Oil.

Nachdem wir in Nr. 178 in Anlehnung an Wickels Buch „I.G. Deutschland. Ein Staat im Staate“, mit der Schilderung der „Weltmacht Chemie“ begonnen und insbesondere über den kontinentalen Farbenblock berichtet haben, kommen wir jetzt zur Erörterung der weiteren internationalen Machtpositionen der I. G.

Der deutsch-englisch-norwegische Stickstoffblock.

„Die Bedeutung der Stickstoffindustrie für die Herstellung von Sprengstoffen hatte ebenso wie der Zusammenhang Teerfarben — Sprengstoff — Kampfgas die Folge, daß jeder Staat schon während und in gesteigertem Maße nach dem Kriege den Ausbau einer eigenen Stickstoffindustrie forcierte.“ (Wickel, a. a. O., Seite 171.)

Professor Haber hatte den Weg gefunden, bei etwa 200 Atmosphären Druck und Temperaturen von etwa 400 bis 450 Grad unter dem Einfluß besonderer Katalysatoren (Substanzen, die die chemische Reaktion beschleunigen, ohne selber in das neue chemische Produkt einzugehen) den Stickstoff der Luft an Wasserstoff zu binden und so Ammoniak aus den chemischen Elementen zusammensetzen. Die Badische Anilin- und Sodafabrik arbeitete jahrelang an der fabrikatorischen Durchführung des Verfahrens, und schließlich gelang es der technischen Begabung Karl Boschs, die Habersynthese industriell auszuwerten. Im Jahre 1914 wurde das Stickstoffwerk Oppau bei Ludwigshafen vollendet, und sofort nach Kriegsbeginn wurde in Leuna bei Merseburg nach dem Oppauer Muster das Leunawerk errichtet, um nach dem Haber-Bosch-Verfahren die Sprengstoffe herzustellen, die das deutsche Heer brauchte. Das Reich gab einen Zuschuß von 180 Millionen Mark und finanzierte so — aus militärischen Gründen — die Konkurrenz für die reichs-eigenen Kalkstickstoffwerke. Im Jahre 1919 gelang dem Reichsfinanzminister die Zusammenfassung der gesamten deutschen Stickstoffindustrie im Deutschen Stickstoffsyndikat, in dessen Verwaltungsrat die I. G. heute über 20 von 33 Stimmen verfügt. Sie beherrscht also die Politik und Preisgestaltung des Syndikats, das zum Schutze der fiskalischen Interessen gegen die Uebermacht der I. G. geschaffen worden war, nachdem der Staat den Konkurrenten finanziert und übermächtig hatte werden lassen.

Deutschland ist heute der größte Stickstoffproduzent der Welt.

Im Jahre 1927/28 wurden 45 Prozent der Weltproduktion von Stickstoff aller Art in Deutschland hergestellt. An synthetischem (künstlichem) Stickstoff produzierte damals Deutschland allein mehr als alle anderen Länder zusammen, nämlich 74 Prozent der gesamten Weltproduktion. Seitdem hat sich das Kräfteverhältnis etwas verschoben, da die Produktionsanlagen in Deutschland nicht mehr wesentlich erweitert wurden. Heute können wir an der Produktionsfähigkeit gemessen — etwa 30 Prozent des Stickstoffs der Welt in Deutschland hergestellt werden.

Genau wie in Deutschland wurde auch in den anderen großen Industriestaaten die Herstellung von synthetischem Stickstoff aus militärischen Gründen beschleunigt. Außerdem wurde mit Hilfe amerikanischen Kapitals (vor allem seitens der National City Bank, bei der I. P. Morgan Großaktionär ist) in Chile die Gewinnung des natürlichen Salpeters modernisiert. Der Chilesalpetertrust wurde gegründet mit 1,5 Milliarden Mark Aktienkapital. Die Folge war eine furchtbare Konkurrenz auf dem Weltmarkt und ein Preissturz um 40 Prozent. Innerhalb Deutschlands hat in der gleichen Zeitspanne — nach Wickel — das Syndikat dank dem Zollschutz und dem System der Einfuhrbewilligungen die Preise für die Massenproduktion um nur 5 bis 8 Prozent, für die Spezialprodukte um nur 1 Prozent gesenkt.

Bereits im Jahre 1927 hatte die I. G. mit der „Norsk-Hydro-Elektrisk Kvaefakteselskab“, Oslo, einen Vertrag geschlossen zum Zwecke der „Zusammenarbeit in Produktion und Verkauf“. 1929 brachte der gemeinsame Gegensatz zum Chilesalpetertrust die I. G. mit dem englischen Chemietrust an den Verhandlungstisch, und es kam zur Bildung eines deutsch-englisch-norwegischen Stickstoffblocks. Weitere Verhandlungen im Jahre 1930 zielten dahin, diesen Block zu einem europäischen Stickstoffkartell zu erweitern. Das scheiterte jedoch zunächst an dem Widerstand der französischen Stickstoffindustrie. Zwar gelang es im August 1930 in Paris, für die Dauer eines Jahres einen Weltstickstoffpakt abzuschließen, dem auch Chile — aber nicht Japan und die USA! — angehörten. Nach Ablauf des Konventionsjahres entbrannte die Konkurrenz von neuem, und dann kam es zu den oben geschilderten Preisstürzen. Vor wenigen Tagen ist nunmehr in Paris auf zwei Jahre ein neues europäisches Stickstoffkartell gegründet worden. Eine Einigung mit dem Chilesalpetertrust ist jedoch noch nicht erfolgt.

Der Stickstoffkampf auf dem Weltmarkt ist in erster Linie ein Kampf zwischen der I. G. und dem amerikanischen Chemiekapital. Da aber jede der kämpfenden Gruppen weiß, daß ein Niederringen des Gegners ausgeschlossen ist, weil

jeder Industriestaat „seine“ Stickstoffindustrie aus militärischen Gründen subventioniert,

so geht das Streben von Geheimrat Schmitz dahin, ein Weltkartell für Stickstoff aufzubauen. Die Kosten von Stilllegungen und Preisvereinbarungen wird dann die Landwirtschaft in Gestalt höherer Preise für eines der wichtigsten Düngemittel zahlen müssen.

Im Dezember 1931 ist es im Rahmen der deutsch-französischen Wirtschaftsbesprechungen zu einer Vereinbarung gekommen, wonach die deutsche Industrie denjenigen französischen Stickstoffbedarf decken will, für den die Leistungsfähigkeit der französischen Industrie nicht ausreicht. Dem französischen Stickstoffkontor verbleibt von jedem aus Deutschland eingeführten Doppelzentner Stickstoff eine Entschädigung von 12 Francs abzüglich der Verteilungskosten. „Das bedeutet, daß die deutsche die französische Industrie subventioniert.“ (Wickel.)

Aber auch auf einem dritten Gebiet der modernen Chemie — neben Farben und Stickstoff — beginnt die I. G. eine wichtige Machtposition zu erringen: auf dem Gebiet der Erdölaufbereitung. Die Frage des Erdölimperiums war in ein neues Stadium getreten, als die Methode der eigentlichen Erdölherstellung greifbare Formen annahm. Die maßgebenden Verfahren der Kohleverflüssigung gehen zurück auf das Bergin-Patent von Dr. Bergius aus dem Jahre 1913. Bei einem Druck von 200 Atmosphären und einer Temperatur von etwa 450 Grad läßt Bergius — nach Wickel — Wasserstoff direkt auf Kohle wirken, die vorher zu Pulver gemahlen und dann mit Oel zu einer Paste gemischt und in die Apparatur gepreßt wird. Die I. G. ist im Besitz der Bergius-Patente, die sie durch eigene Verfahren ergänzt hat, insbesondere durch die Einführung besonderer Katalysatoren. Wenn diese Verfahren noch nicht in großem Maßstab fabrikatorisch durchgeführt sind, so liegt das daran, daß bei dem geringen Weltmarktpreis des natürlichen Erdöls die synthetische Herstellung nicht lohnt. Diese Verfahren haben aber insofern eine außerordentlich weittragende Bedeutung, als hier ein Weg beschritten wird, der bei entsprechender Ausgestaltung dahin führen kann, die wichtigsten Kohlenstoffverbindungen (organische Säuren, Lösungsmittel, Zwischenprodukte für Farbstoffe, Arzneimittel, Riechstoffe, Benzin, Benzol), wie Bosch sagt, aus „einfachsten Bausteinen“ herzustellen. Ein ungeheures Arbeitsgebiet harret hier noch der Erschließung. In dem Maße, in dem diese Arbeitsmethoden zu Erfolgen führen, wird die

Macht der großen Rohstoffmonopolisten erschüttert und durch ein entsprechendes Chemiemonopol bedroht.

Es wird dadurch eine neue Art Kolonialausbeutung der Welt vorbereitet, wobei alle nicht an dem Chemiemonopol beteiligten Länder zu Kolonien der chemischen Weltmacht degradiert werden.

Die Methoden der I. G. haben ein wichtiges praktisches Ergebnis insofern gehabt, als sie eine weit sparsamere Aufarbeitung des Erdöls und eine erhöhte Benzinausbeute aus den Rohölen ermöglichten. Diese Methoden zur Rohölverwertung gaben der I. G. die Möglichkeit, ihre weltpolitische Stellung durch eine

Stickstoff — Heilmittel — Kunstseide — Lacke.

Die I. G. ist immer noch einer der stärksten unter den großen Chemietrusts der Welt, vielleicht sogar der stärkste. 55 Prozent der Gesamtzeugung der I. G. gehen ins Ausland. Dabei macht der Handel der Länder, die selber über eine ausgebildete chemische Industrie verfügen, untereinander mehr als die Hälfte des gesamten Welthandels an chemischen Produkten aus. Die Bedeutung der I. G. auf dem Weltmarkt ist aber über den Rahmen der deutschen Produktion hinausgewachsen durch eine Bündnispolitik, die den Nutzungsbereich der Patente dauernd ausweitete und so von dem armen Deutschland aus einen der kapitalkräftigsten und trotz der Wirtschaftskrise einflußreichsten Industrietrusts geschaffen hat.

Der Einfluß der I. G. geht noch weiter, als sich aus der bisherigen Darstellung ergibt. Auf wichtigen Gebieten der Heilmittel hat die I. G. ein Weltmonopol. Rollfilme und photographische Apparate stellt sie in Deutschland und den USA her. Unter den Kunstseideproduzenten nimmt sie eine beachtenswerte Stelle ein. Bedeutend ist ferner ihre Stellung als Produzent von Mitteln zur Schädlingsbekämpfung, einem der großen industriellen Zukunftsgebiete, das erst mit der Gesundung der Agrarwirtschaft vollkommen zur Entfaltung kommen wird.

Die Kette Stickstoff-Sprengstoff-Zellstoff-Filme-Kunstseide führt weiter zu den Lacken. Die schnell trocknenden Nitrozellulose-Lacke sind, soweit sie synthetisch aus Kohle gewonnen werden, ein Monopol der I. G. Die Automobilindustrie kann für ihre moderne Bandproduktion nur schnell trocknende Lacke gebrauchen. So kam es zu der interessanten Verbindung Henry Fords mit der I. G., während Fords bedeutendster Konkurrent, die General Motors, sich mit dem amerikanischen Konkurrenten der I. G., dem Dupont-Konzern, verbunden hat. Die gemeinsamen Interessen von Ford und der I. G. erstrecken sich unter anderem auch auf das Problem

großzügige Bündnispolitik weiter zu festigen: im August 1927 traf sie mit der Standard-Oil of New Jersey ein Abkommen zur „Verwertung der beiderseitigen Patente und Erfahrungen auf dem Gebiete der Veredelung von Rohöl“. Im Jahre 1929 haben dann die beiden Konzerne gemeinsam eine Holding-Gesellschaft gegründet, die Standard-I. G. Co., und dieser die Verwertung der gesamten einschlägigen Patentbesitze auf der ganzen Welt mit Ausnahme Deutschlands übertragen. Die Verwertung der Verfahren in Deutschland blieb der I. G. vorbehalten. Für die USA wurde 1930 eine neue Gesellschaft, die Hydro-Paten-Co. in Delaware, gegründet. Trotz der Weltkrisen schritten die Standard-Oil und die I. G. weiter auf dem Wege der Weltmachteroberung mittels ihrer Patente: es wurden Verhandlungen mit dem englischen Chemietrust und dem englischen Petroleumtrust, der Royal Dutch Shell, aufgenommen. „Im April 1931 erfolgte die Gründung jener Gesellschaft, die aller Welt die Oelerfindungen des Chemikerstabes der I. G. zur Verfügung stellen soll, die Gründung der „International Hydrogenation Patents Co. Ltd.“ (Wickel.) Sitz der Gesellschaft ist

Vaduz in Liechtenstein.

Ueber die Bedeutung dieser einzigartigen Gesellschaft schreibt Wickel:

„Die Gründung der International Hydrogenation ist zweifellos der großzügigste Versuch in der bisherigen Geschichte des Kapitalismus, die ganze Welt mittels einer Reihe von Patenten auszubeuten. . . . Den beteiligten Trusts gibt diese internationale Patentgesellschaft natürlich eine ungeheure Macht in die Hände. Jede konkurrierende Oelgesellschaft ist, will sie nicht technisch hinterherhinken, auf die Lizenznahme angewiesen. . . . Diese monopolistische Macht wächst, je weiter die Forschung auf der gesicherten Grundlage fortschreitet. Da die Grundpatente in dieser Holdinggesellschaft liegen, ist gleichzeitig jede weitere Forschungsarbeit auf diesem Gebiete monopolisiert worden. . . . Man darf gespannt sein, welche Formen unter diesem neuen Aspekt der Kampf zwischen dem russischen Petroleum und den großen Trusts annehmen wird.“ Es handelt sich um „eine neue Etappe des Kampfes gegen Rußland . . . in der mit den Waffen der monopolisierten Wissenschaft eine der wichtigsten Positionen des Rätestaates berannt wird.“ (A. a. O., Seite 154f.)

des künstlichen Gummis. Beide Konzerne nehmen die gleiche Haltung gegenüber den Banken ein, von deren Einfluß sie sich ferngehalten haben. Das sichert ihnen auch jetzt in der Krise eine weitgehende Unabhängigkeit.

Diesen ungeheuren Machtpositionen der I. G. in der Welt entspricht ihr überragender wirtschaftlicher Einfluß in Deutschland.

Die I. G. ist nach der Reichsbahn und dem Stahlwerk der größte Kohlenverbraucher Deutschlands. Sie ist jedoch heute auch einer der größten Kohlenproduzenten Deutschlands. Ihre wichtigsten Werke sind unmittelbar mit der Braunkohlenproduktion verbunden.

Die rheinische Schwerindustrie hat den Versuch gemacht, von ihrer Kohlengrundlage aus eine eigene chemische Industrie aufzubauen: auf dem Gebiet der Kohlenverflüssigung (Verfahren von Professor Franz Fischer in Mülheim a. d. Ruhr) und der Stickstoffherstellung auf Zeche Mont Cenis. Auf dem Gebiete der Kohlenverflüssigung blieben die Erfolge unbefriedigend, und die Versuche der Stickstoffherstellung endeten damit, daß — nach jahrelangen Patentstreitigkeiten — im Juni 1930 dieses Stickstoffwerk von der I. G. aufgekauft wurde.

Die Monopolstellung der I. G. ist also auch in Deutschland überwältigend. Das gestattet ihr eine weitgehende monopolistische Preispolitik auf Kosten der Verbraucher. Aber das verschafft ihr auch einen überragenden Einfluß auf die gesamte deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik. Für uns als Sozialisten ergibt sich gegenüber einer solchen monopolistischen Machtgruppe die Frage: Wie ist es möglich, dieses Monopol zu brechen, um die Ausbeutung der Konsumenten zu verhindern? Die Frage kann erst beantwortet werden auf Grund einer Analyse der Grundlagen des I. G.-Monopols. Hiermit wollen wir uns in einem weiteren Aufsatz beschäftigen. (Werner H. . . .)

Thüringens Ausfuhr nach den USA steigt.

Thüringens Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten ist im zweiten Vierteljahr 1932 gestiegen. (Kein Druckfehler!) Besonders gilt dies für Spielwaren und Sportartikel. In der Glasfabrikation sind es die Gegenstände für chemische, pharmazeutische und medizinische Zwecke, deren Absatz nach den USA sich vergrößert hat. Nachstehende Tabelle des amerikanischen Konsulats Leipzig beleuchtet die neueste Entwicklung der thüringischen Ausfuhr:

	1. Viertelj. 1932	2. Viertelj. 1932
	Dollar	Dollar
Insgesamt	540 000	638 000
Davon:		
Holz- und Papiererzeugnisse	110 000	75 000
Glas und Keramik	162 000	171 000
Metallwaren	50 000	77 000
Optik	44 000	55 000
Spielwaren und Sportartikel	94 000	151 000
Maschinen	18 000	34 000

Viele schwätzen unentwegt davon, die deutsche Fertigungsausfuhr müsse ständig sinken. Dieses Geschwätz ist unentbehrlich zur „Begründung“ der deutschen Agrarpolitik, wird also wohl kaum so bald verstummen. Um so wichtiger ist es, die Tatsachen zu kennen!

IRLAND

Der neueste Trick im Zollkampf: Die Iren werden gegenüber England Zölle erheben, die voraussichtlich einem Einfuhrverbot gleichkommen. Um den erwarteten Zollerhöhungen zuvor zu kommen, haben die Engländer rasch Ware nach Irland eingeführt. Die Iren geben wahrscheinlich folgende Antwort: Die Zölle werden auch rückwirkend erhoben, sodaß englische Waren, die in den letzten Tagen vor Inkrafttreten der Zollerhöhungen eingeführt wurden, ebenfalls den erhöhten Zollsätzen unterliegen.

DEUTSCHLAND

Walzisenproduktion: Nachdem ein erheblicher Teil der russischen Aufträge erledigt ist, ist die Walzisenproduktion erneut stark zurückgegangen. Sie betrug im

Juni 1931	562 000 Tonnen
Mai 1932	485 000 „
Juni 1932	385 000 „

Die arbeitstäglige Produktion ist vom Mai auf den Juni, da der Juni drei Arbeitstage mehr hatte, noch stärker zurückgegangen: von 21 100 Tonnen auf 14 800 Tonnen, also fast um ein Drittel. — Die Produktion von Eisenbahn-oberbaustoffen ist gegenüber dem Vorjahr von 76 000 Tonnen auf 18 000 Tonnen, also auf rund ein Viertel gesunken.